

Die grosse Ernüchterung

Umweltverbände, Volksabstimmungen und Zweifel an der Wirtschaftlichkeit bremsen den Bau alpiner Solaranlagen aus

DAVID VONPLON

Die Solarprojekte auf der Alp da Schnaus und der Alp da Rueun im Bündner Oberland sollten als Konzept dafür dienen, wie Natur, Freizeitaktivitäten und Energieerzeugung verbunden werden können. Eine Skipiste sollte mitten durch einen der Solarparks führen, ebenso ein Weg für Wanderer und Biker, alles freilich mit ausreichendem Sicherheitsabstand zu den Panels. Sogar als Weide hätte das Land weiterhin genutzt werden können. Marcus Beer, der Gemeindepräsident von Ilanz, sprach von einer «einmaligen Chance» und «langfristigen Erträgen» für die Gemeinde.

Doch die Überzeugungsarbeit nützte nichts. Über 60 Prozent der Stimmbevölkerung von Ilanz und den umliegenden zwölf Dörfern sprachen sich Ende November gegen die beiden Solarparks aus, welche der Energieversorger Axpo an den südlichen Bergflanken der Sur-selva geplant hatte.

Goldgräberstimmung verflogen

«Wir können am Volksentscheid nicht rütteln», sagt Beer nun. «Den Menschen hier ist eine intakte Landschaft offenbar wichtiger als Strom aus erneuerbaren Energiequellen, die Energiesicherheit und die Gemeindefinanzen.» Die Enttäuschung ist ihm im Gespräch anzumerken. Fast eine halbe Million Franken hätten die beiden Anlagen jedes Jahr in die Gemeindekasse gespült – daneben wären auch Einmalvergütungen im sechsstelligen Bereich angefallen. Doch daraus wird nun nichts.

Erst hatten einzelne Personen, die Besitzer von Jagdhütten und einigen Maiensässen gegen das Axpo-Projekt polemisiert. Dann sprangen Pro Natura und die Stiftung für Landschaftsschutz auf. An die örtliche Bevölkerung wurden Flugblätter verteilt, auf denen Solarpanels von den Bergspitzen bis ins Tal reichen. Davor blickt grimmig ein Auerhahn in das überbaute Tal. «Nein zum Solarwahn», lautet der Slogan, den Pro Natura und die Stiftung für Landschaftsschutz an alle Haushalte verschickten. Er tat seine Wirkung.

Dass die örtliche Stimmbevölkerung einem Solarprojekt den Stecker zieht, ist kein Einzelfall. Auch in Disentis, Melchsee-Frutt und Ovronnaz mussten Energieversorger ihre Pläne nach einem Urnengang begraben. Immer mehr zeigt sich: Der Solarexpress, den das Parlament im Herbst letzten Jahres mit grosszügigen Subventionen und beschleunigten Verfahren angestossen hat, kommt nicht richtig in Fahrt. Längst ist die Goldgräberstimmung verflogen, welche die Haurückübung in Bundesbern in den Bergtälern kurzzeitig ausgelöst hatte.

«Es ist inzwischen bei fast allen Projektbetreibern Ernüchterung eingekehrt», sagt Renato Tami. Der frühere Elcom-Chef ist Vizepräsident der Interessengemeinschaft Solalpin, die Stromversorger beim Bau von alpinen Solarparks berät. Bereits jetzt sei absehbar, dass das im Gesetz verankerte Ziel nicht erreicht würde. Zwei Terawattstunden zusätzlichen Strom sollten die Freiflächenanlagen in den Bergen liefern, mehr als die Hälfte davon im Winter. Der Ausbau sollte dazu beitragen, die drohende Stromlücke zu schliessen.

Doch obwohl auf dem Papier gegen 40 Anlagen in Planung sind, wurden bisher landesweit nicht mehr als ein Dutzend Baugesuche für alpine Photovoltaik eingereicht. Das ist laut Tami viel zu wenig – auch wenn in den nächsten Monaten noch einige Baugesuche dazukommen. Er geht davon aus, dass ein ansehnlicher Teil der derzeit bekannten Projekte am Ende nicht umgesetzt werden, sei es, weil sie an der Urne scheitern, am Widerstand der Umweltverbände oder weil sie sich schlicht nicht rechnen.

Hinzu kommt der Zeitdruck. Bis spätestens Ende 2025 müssen die alpinen Solaranlagen am Netz sein und mindestens 10 Prozent der gesamthaft vorgesehenen Strommenge einspeisen. Nur dann fliessen die Subventionen vom



Auf der Alp da Schnaus bei Ilanz sollten auf einer Fläche von 26 Fussballfeldern Solarpanels installiert werden. Doch die örtliche Stimmbevölkerung sprach sich gegen das Projekt aus.

VISUALISIERUNG PD

Bund. «Wer es nicht schafft, in den nächsten Monaten ein Baugesuch einzureichen, dürfte kaum mehr rechtzeitig mit den Bauarbeiten fertig werden», meint Tami warnend. Einsprachen können den Baustart verzögern – überdies erschweren Lieferengpässe die Arbeit. Derzeit sind gerade nicht genug grosse Transformatoren verfügbar. In der Not wollen einige Projektbetreiber nun kleinere Trafos beschaffen, die dann später wieder ersetzt werden müssten. Tami fordert deshalb, dass der Bund die Frist für den Netzanschluss verlängert. Vielerorts brauche man schlicht mehr Zeit, um die Anlagen zu bauen.

Hohe Gestehungskosten

Auch zeigt sich immer deutlicher, dass alpine Solaranlagen keineswegs Goldesel sind. Der Bündner Energieversorger Repower zum Beispiel hatte anfänglich gegen 40 Standorte für alpine Solarkraftwerke geprüft. Davon übrig geblieben sind bloss zwei. Eine Erklärung dafür lieferte der Repower-Chef Roland Leuenberger unlängst in einem Gastbeitrag in der «Südostschweiz». Die grösste Hürde für die meisten Projekte seien nicht etwa die Urnengänge oder die Umweltverbände, sondern die Wirtschaftlichkeit, erklärte der Strommanager. Trotz Subventionen seien die Erstellung und der wirtschaftliche Betrieb dieser Anlagen auf den hochalpinen Freiflächen schwierig.

Verschärft wird das Problem, weil sich der Bund weniger freigiebig zeigt als anfänglich angenommen. Im Solarexpress-Gesetz heisst es, dass der Bund maximal 60 Prozent der Investitionskosten der Anlagen berappe. In der Verordnung jedoch ist nur noch davon die Rede, dass die «ungedeckten Kosten» übernommen würden. «Bei dieser Subventionsvorgabe kommt garantiert keine Goldgräberstimmung auf», sagt Tami. Er schätzt, dass die Gestehungskosten des Stroms aus alpinen Solaranlagen in der Regel drei bis vier Mal höher sind als bei Photovoltaikanlagen auf einem Dach einer Industrieanlage.

Ernüchterung herrscht nicht zuletzt auch beim Energieversorger Axpo. Er hatte ursprünglich geplant, bis 2030 an elf Standorten Bergflächen mit Solarmodulen zu versehen – insgesamt sollte damit Strom für etwa 180 000 Haushalte erzeugt werden. Doch dass die ambitionierten Pläne des Unternehmens realisiert werden können, scheint heute unwahrscheinlich. Die nach dem Volksentscheid in Ilanz verbleibenden Solarprojekte liefern gemäss Vorgabe Strom für gerade einmal 13 000 Haushalte.

Landesweit wurden bisher nicht mehr als ein Dutzend Baugesuche für alpine Photovoltaik eingereicht.

Man bleibe weiterhin fest entschlossen, die Solaroffensive voranzutreiben, erklärt die Axpo ungeachtet der Rückschläge. Das Unternehmen verweist auf die Projekte in Tujetsch und Disentis, die von der lokalen Stimmbevölkerung angenommen wurden. Konzernsprecherin Jeanette Schranz verhehlt auf Anfrage jedoch nicht, dass der Bau von alpinen Solaranlagen das Unternehmen vor grosse Herausforderungen stellt. «Die technischen Anforderungen und die Preise sind gestiegen.» Auch gebe es Lieferschwierigkeiten und Materialengpässe. Hinzu komme, dass sich die Standorte der Projekte stark unterscheiden würden – was unterschiedliche Ansprüche an die Planung stelle.

Dass die anfängliche Euphorie vielerorts rasch in Frustration umschlug, hat auch mit den Umweltverbänden zu tun. Sie machen im Verbund mit grünen Politikern inzwischen an verschiedenen Fronten gegen grosse Freiflächenanlagen mobil. «Ihre Opposition ist allgegenwärtig – und in vielen Fällen ist es schwierig, mit ihnen eine Lösung zu finden», sagt Tami.

Die knappe Zeitvorgabe vereinfacht es den Umweltverbänden, ein Powerplay aufzuziehen. Allein die Androhung, ein Projekt mit Einsprachen zu verzögern, genügt häufig, damit Energieversorger oder Investoren von einem Vorhaben absehen. Sie wissen: Fällt das Projekt wegen Zeitüberschreitung aus dem Solarexpress, fliessen keine Subventionen – und das können sich die wenigsten Projektbetreiber leisten. Eine Vielzahl von Projekten steht aus diesem Grund auf der Kippe.

Zu schwaches Netz

Manche Energieversorger und Kantone versuchen deshalb die Schutzorganisationen bereits frühzeitig in die Planung einzubinden. Der Kanton Bern etwa brief aus diesem Grund vorher runde Tische ein – zeichnete sich starker Widerstand ab, liess er die Projekte fallen.

Die Berner Regierung will damit gemäss eigenen Aussagen die Fehler des Kantons Wallis vermeiden: Dort wurden ohne Einbezug der Umweltverbände riesige Projekte aus dem Boden gestampft. Die Quittung für diese Vorgehensweise erhielt der Kanton an der Urne. Das kantonale Solargesetz, das eine unbürokratische und rasche Bewilligung der Anlagen vorsah, scheiterte am Widerstand der Bevölkerung.

Das auf Konsens ausgerichtete Berner Vorgehen scheint sich zu bewähren: Kantonsweit ist ein Dutzend alpine Solaranlagen in Planung, einige haben zu-

mindest die demokratische Hürde überwunden. Allein die BKW, die sich beim Ausbau lange zurückgehalten hatte, plant sechs Projekte. Kommen die Anlagen in den Regionen Grindelwald, Adelboden, Meiringen und Saint-Imier zustande, lässt das Unternehmen alle anderen Energieversorger bei der Produktion von alpinem Sonnenstrom hinter sich. Noch haben allerdings erst drei der sechs Projekte die Zustimmung der Bevölkerung erhalten.

Die BKW weist derweil darauf hin, dass das Hochspannungsnetz auf lange Sicht zu schwach sein könnte, um die neuen Strommengen aus den entlegenen Bergtälern abzuführen. «Wir werden es nicht schaffen, das Hochspannungsnetz vor 2030 auszubauen», sagt Andreas Ebner, Leiter der Netzplanung bei der BKW. Für die zwölf geplanten alpinen PV-Anlagen im Kanton Bern sowie für die normalen PV-Anlagen auf den Dächern reichen die bestehenden Kapazitäten gerade noch. Doch den Strom von weiteren alpinen Solaranlagen oder auch anderen Kraftwerkstypen könnte man dann nicht mehr aufnehmen. «Es ist deshalb zwingend, dass wir den Netzausbau bereits heute angehen.» Laut Ebner dauert der Ausbau des Hochspannungsnetzes mit den gegenwärtigen Verfahren acht bis zwölf Jahre – Einsprachen nicht eingerechnet.

Andernorts ist die Netzsituation noch prekärer. Im Wallis mussten die grossen alpinen Solaranlagen nicht zuletzt deshalb redimensioniert werden, weil die Netzinfrastruktur zu schwach ist, um den Strom abzuführen. So stellte die Netzbetreiberin Swissgrid klar, dass die grossen Strommengen von den Bergen frühestens nach dem Netzausbau im Jahr 2028 abgeführt werden können. Ähnlich sieht die Situation im Prättigau aus: In der Region Davos - Klosters wurden mehrere Projektideen verworfen, weil nicht genügend Netzkapazitäten vorhanden sind, um den Strom zu transportieren.

Verfahren straffen

Die BKW macht sich deshalb dafür stark, dass der Bundesrat so rasch wie möglich einen Netzexpress nachlegt. «Der Solarexpress schreibt vor, dass die Behörden innerhalb von sechs Monaten ein Projekt beurteilen müssen und die Gerichte anschliessend ebenfalls innert sechs Monaten über Einsprachen urteilen. Die gleichen Spielregeln müssen wir auch fürs Netz einführen», fordert Ebner.

Bei Energieminister Albert Rösti sind die Forderungen der Netzbetreiber angekommen. Bis nächsten März will er eine entsprechende Vorlage präsentieren, welche beim Netz die Verfahren straffen und die Einsprachemöglichkeiten einschränken soll. Bei künftigen Projekten könnte das für Entlastung sorgen. Für die laufenden Projekte im Zuge des Solarexpress kommen diese Massnahmen aber meist zu spät.

ANZEIGE

«Lebenslanges
Lernen heisst auch,
selbstbestimmt leben
zu können.»



Stefanie Weber
Head Group
Human
Resources

Für das
selbstbestimmte
Leben unserer
Kundinnen
und Kunden.

